

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kaffierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 22. Oktober 1932

36. Jahrgang

Nummer 43

## Freiheit der Gewerkschaftspresse!

Aus den Kinderjahren der Gewerkschaftspresse — Ihr Gesicht und ihre Größe in der Gegenwart  
Soll deine Zeitung verboten werden?

Von Stürmen umbrannt steht draußen in der Nordsee die Insel Helgoland. Gleichartig ragt aus der Sintflut kapitalistischer Zeitungserzeugnisse die Insel Gewerkschaftspresse hervor. Umbrannt vom Nordsturm der Reaktion steht sie da als Ehrenmal unzeres sozialen Freiheitskampfes.

Die Blätter der einzelnen Gewerkschaften sind mit Geschichte und Berufsgeist des betreffenden Verbandes eng verknüpft. Das gedruckte Wort war von Anfang an eine wirkungsvolle Ergänzung der gesprochenen Rede. Beide ließen die soziale Empörung gegen Unterdrückung und Entrechtung gellend in die Welt hineinschallen. Daß die Gewerkschaftspresse immer im geistigen Gegensatz zum Unternehmertum stand, versteht sich von selbst. Denn ihre Aufgabe ist ja, die von den Unternehmern den Arbeitern aufgezwungenen Arbeitsverhältnisse zu kritisieren. Immer und immer wieder erschienen darum in der Gewerkschaftspresse Beschwerden der Werktätigen über unwürdige Behandlung, schlechte Betriebsverhältnisse und unmenslich niedrige Bezahlung. Gleichzeitig verführte man klare Vorschläge, wie alle diese Mißstände beseitigt werden sollten. Dadurch ergoß man die Leiermasse zu einer anderen, demokratischen Wertung ihres Lebens. Die Gewerkschaftspresse wuchs damit immer mehr in das sonstige soziale Leben hinein. Sie wurde das Sprachrohr der Organisierten in den großen Fragen der Wirtschaftspolitik. Deren Ziel ist die Schaffung einer Planwirtschaft, in der alle Arbeit und Lebensmöglichkeiten finden. Menschlichkeit und Gerechtigkeit sind die letzten ethischen Forderungen, denen die Gewerkschaftspresse zum Siege verhelfen will.

Als die Gewerkschaftsbewegung noch klein war, trugen die einzelnen Gewerkschaftsblätter den Charakter einer Vereinstpresse. Sie waren gefüllt mit Betriebsfragen, Lohnbewegungen, Versammlungsberichten, Kassenabrechnungen, Bekanntmachungen, Aktienprotokollen. Natürlich war dies nicht besonders fesselnd. Der trockene Inhalt, oft in schlechtem Druck, wurde dann meist nur von den Funktionären studiert. Die übrigen Verbandsmitglieder legten ihre Zeitung teilnahmslos zur Seite, wo sie dann als Butterbrot-papier ungelesen ein unrühmliches Ende fand. Dies war auch dann noch häufig anzutreffen, als sich die Verbandszeitung schon eifrig mit den großen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik beschäftigte.

In den letzten Jahren hat man aber mit dieser bürokratischen Langeweile des Leses rücksichtslos gebrochen. Alle Tatsachenberichte sind reportageartig im Stil der Tageszeitung gehalten. In jeder Nummer werden brennende Zeitfragen der allgemeinen Wirtschaft- und Gewerkschaftspolitik behandelt. Unterhaltenden und lebenspraktischen Aufsätzen wird auch Beachtung geschenkt, jedoch erfuhr sie infolge Wirtschaftskrise eine gewisse Beschränkung. Format, Schrift und Zeitungskopf sind mit allem drucktechnischen Können der Gegenwart ausgestattet, so daß die Sehnerven der von ihrem Tagewerk ermüdeten Leser viel weniger angestrengt werden als bisher. Die gewerkschaftlichen Schriftsteller sind keine weltfremde Theoretiker, sondern Menschen, die durch die leidensreiche Hochschule des Lebens gegangen sind. Einfache Sprache, kurze Sätze, klarer Stil sind ihre Richtlinien. Illustrationen und abwechslungsreiche Sahanordnungen beleben weiter den Text der gewerkschaftlichen Zeitung, so daß sie heute jedem zum Lesen direkt anreizt. Nicht nur das Mitglied liest die Zeitung, sondern oft auch seine ganze Familie. Jedem Gewerkschafter ist heute das Verbandsblatt ein billiges, aber gründliches Aufklärungsmittel für Frau und Jugend, das im Sinne einer neuen Zukunftsbildung und Wissen vermittelt.

Im Jahre 1913 betrug nach den Feststellungen der damaligen Generalkommission die Gesamtauflage aller freigewerkschaftlichen Verbandsorgane 2 622 310 Exemplare. Bis zum Jahre 1930 hatten sich daraus annähernd 170 Gewerkschaftsblätter mit einer auf das einmalige Erscheinen bezogenen Gesamtauflage von rund 8 000 000 Exemplaren entwickelt. Die Gesamtauflage der Gewerkschaftspresse auf das ganze Jahr berechnet betrug laut Angaben auf der Presse 1927 991 Millionen Exemplare! Die genannten rund 170 Blätter gliederten sich in

- 39 ausgesprochene Gewerkschaftszeitungen,
- 6 Fachblätter für Sozial- und Wirtschaftspolitik,
- 16 Fachblätter für berufliche Technik,
- 22 Jugendzeitschriften,
- 41 Mitteilungsblätter für Ortsverwaltungen,
- 39 Bezirksorgane der Verbände,
- 5 Organe der Ortsauschüsse.

Bei aller Schärfe der Kritik an sozialen, wirtschaftlichen und betrieblichen Mißständen ist sich die Gewerkschaftspresse aber doch immer ihrer öffentlichen Verantwortung und Sachlichkeit bewußt geblieben. Denn Kritik hat nur dann Ueberzeugungskraft, wenn sie von Sachkenntnis getragen ist. Der gewerkschaftliche Kritiker kennt also sein Schlachtopfer alleseitig, wenn er es zergliedert, erklärt, beschreibt, verdammt oder verherrlicht. Selbst zornigste Angriffe und leidenschaftlichste Anklagen müßten noch immer vom Ethos der Menschewürde getragen sein und die Möglichkeit einer nahen oder fernen Verständigung offen lassen.

Trotzdem hat nun plötzlich infolge eines reaktionären Regierungskurses eine starke Begrenzung dieser kritischen Meinungsbildung eingeleitet. Zuerst war es die politische Notverordnung vom 28. März 1931, die hier Grenzen festlegte. Sie war allerdings für die sachlich gerichtete Gewerkschaftspresse ohne größere Gefahr und hinderliche nur extreme Ausfälle der Kritik. Rein sachlicher Prüfung, die sich von Lüge, Verleumdung und Aufforderung zu Gewalttaten fernhielt, blieb noch genügend Bewegungsfreiheit. Denn Freiheit der Presse heißt nicht Freiheit von Anstand und Würde, Freiheit von Rechtschranken und Gesetzen, sondern nur Freiheit von Zensur und Polizeiorganen.

Unter dem Druck faschistischer Terrors ist es aber leider zu einer weiteren Begrenzung auch sachlicher Kritik gekommen. Laut Notverordnung vom 14. Juni 1932 kann eine Gewerkschaftszeitung bis zu einem halben Jahre verboten werden, wenn

1. in ihr zum Ungehörig gegen Gehehe oder rechtsgültige Verordnungen aufgeföhrt oder angereizt wird. Würde also die Papen-Regierung ein Streikverbot erlassen, dann könnte das Gewerkschaftsblatt ein halbes Jahr unterdrückt werden, wenn es trotzdem zum Streike aufforderte!
2. wenn in ihm Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.
3. wenn in ihr eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes, deren Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände der religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.
4. Wenn in ihr eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden.

## Was die Papenregierung von der Arbeitslosenversicherung übriggelassen hat

Nach Auffassung der Papen-Regierung und der Leute, die in ihrem Namen Gehehe machen, gibt es immer noch eine Arbeitslosenversicherung. In den Gesetzen und Verordnungen wird nach wie vor zwischen Arbeitslosenversicherung, Risikofürsorge und öffentlicher Fürsorge unterschieden. Prüft man aber einmal nach, wie diese sogenannte Arbeitslosenversicherung seit der Notverordnung vom 14. Juni d. J. aussieht, so merkt man bald, daß im Ernst von einer Sozialversicherung überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß sich hinter diesem Namen eine Unterstützungseinrichtung verbirgt, die vielfach schlechtere Leistungen gewährt als die öffentliche Fürsorge, die Nachfolgerin der früheren Armenfürsorge.

Sehen wir uns zunächst einmal die Unterstützungsleistungen an, die ein Arbeitsloser in dieser Versicherung in den ersten sechs

Wochen des Unterstützungsbezugs, also in der Zeit, in der er noch nicht bis auf Herz und Nieren der Hilfsbedürftigkeitsprüfung unterliegt, erhält. Dabei muß man davon ausgehen, daß die Unterfützungen in den verschiedenen Ortsklassen verschieden hoch sind. In einer Kleinstadt beispielsweise also viel niedriger als in einer Großstadt. Nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen wird bei dieser verschiedenen Bemessung nicht gefragt. Es kann vorkommen, daß in einem kleinen Ort, durch den die Eingemeindungsgrenze hindurchläuft, der auf der einen Straßenseite wohnende Teil der Arbeitslosen die großstädtischen Unterfützungssätze, der auf der anderen Straßenseite wohnende Teil die ländlichen Unterfützungssätze erhält.

Die Papen-Regierung hat aber nicht nur dieses weise Unterfützungssystem eingeföhrt, sie hat auch die von Brüning schon erheblich reduzierten Unterfützungssätze noch weiter herabgedrückt. So erhielt ein Arbeitsloser mit einem Durchschnittsverdienst von 33 M. bis zur Notverordnung vom 14. Juni 1932 mit Frau und zwei Kindern 16,50 M., und zwar auch dann, wenn er weniger als 52 Wochen gearbeitet hatte. Er bekommt heute in der Sonderklasse und der Ortsklasse A, also in den Großstädten, 13,80 M., in den Ortsklassen B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern 12,60 M., in den Ortsklassen B bis E mit 10 000 Einwohnern und weniger 10,50 M.

Ein lediger Arbeitsloser mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 45 M. erhielt bis zur Notverordnung, wenn er 52 Wochen gearbeitet hatte, 13,50 M. wöchentlich, bei weniger als 52 Wochen Arbeit 12,68 M. Er erhält heute in der ersten Klasse 9,90 M., in der zweiten Klasse 8,40 M. und in der dritten Klasse 7,25 M.

Ein verheirateter Arbeitsloser ohne Kinder mit einem Durchschnittswochenlohn von 63 M. erhielt bis zur Notverordnung bei 52 Wochen Arbeit 22,05 M., bei weniger als 52 Wochen Arbeit 18,45 M. Er erhält jetzt in der ersten Ortsklasse 14,40 M., in der zweiten Klasse 12,30 M. und in der dritten Klasse 10,30 M.

Diese kümmerlichen Sätze erhält der Arbeitslose ganze sechs Wochen lang. Ergibt alsdann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung, daß er in der Fürsorge

Wochen des Unterstützungsbezugs, also in der Zeit, in der er noch nicht bis auf Herz und Nieren der Hilfsbedürftigkeitsprüfung unterliegt, erhält. Dabei muß man davon ausgehen, daß die Unterfützungen in den verschiedenen Ortsklassen verschieden hoch sind. In einer Kleinstadt beispielsweise also viel niedriger als in einer Großstadt. Nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen wird bei dieser verschiedenen Bemessung nicht gefragt. Es kann vorkommen, daß in einem kleinen Ort, durch den die Eingemeindungsgrenze hindurchläuft, der auf der einen Straßenseite wohnende Teil der Arbeitslosen die großstädtischen Unterfützungssätze, der auf der anderen Straßenseite wohnende Teil die ländlichen Unterfützungssätze erhält.

Die Papen-Regierung hat aber nicht nur dieses weise Unterfützungssystem eingeföhrt, sie hat auch die von Brüning schon erheblich reduzierten Unterfützungssätze noch weiter herabgedrückt. So erhielt ein Arbeitsloser mit einem Durchschnittsverdienst von 33 M. bis zur Notverordnung vom 14. Juni 1932 mit Frau und zwei Kindern 16,50 M., und zwar auch dann, wenn er weniger als 52 Wochen gearbeitet hatte. Er bekommt heute in der Sonderklasse und der Ortsklasse A, also in den Großstädten, 13,80 M., in den Ortsklassen B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern 12,60 M., in den Ortsklassen B bis E mit 10 000 Einwohnern und weniger 10,50 M.

Ein lediger Arbeitsloser mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 45 M. erhielt bis zur Notverordnung, wenn er 52 Wochen gearbeitet hatte, 13,50 M. wöchentlich, bei weniger als 52 Wochen Arbeit 12,68 M. Er erhält heute in der ersten Klasse 9,90 M., in der zweiten Klasse 8,40 M. und in der dritten Klasse 7,25 M.

Ein verheirateter Arbeitsloser ohne Kinder mit einem Durchschnittswochenlohn von 63 M. erhielt bis zur Notverordnung bei 52 Wochen Arbeit 22,05 M., bei weniger als 52 Wochen Arbeit 18,45 M. Er erhält jetzt in der ersten Ortsklasse 14,40 M., in der zweiten Klasse 12,30 M. und in der dritten Klasse 10,30 M.

Diese kümmerlichen Sätze erhält der Arbeitslose ganze sechs Wochen lang. Ergibt alsdann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung, daß er in der Fürsorge

## 9. Ausschußsitzung des ADGB

Am 7. Oktober trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchföhungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Abwehrtampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskampftreffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des Weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

der Gemeinden einen geringeren Satz als den vorher bezogenen erhalten würde, so bekommt er von nun ab ohne Rücksicht auf seine Lohnklasse nur diesen geringeren Satz, wenn er nicht infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung mit Hilfe aller möglichen und unmöglichen Anrechnungsvorschriften ganz aus der Unterstützung herausgebrängt wird. Hätte er aber in der gemeindlichen Fürsorge einen höheren Satz als den bisher bezogenen Lohnklassensatz zu beanpruchen, so bekommt er nur den geringen Lohnklassensatz weiter.

Wie verhält sich nun diese Unterstützungsleistung zu den eingezahlten Beiträgen? Das mag ein Beispiel zeigen: Bei einem wöchentlichen Grundlohn von 35 M. beträgt der Beitrag der Arbeitslosenversicherung pro Woche 2,25 M. Bei einer Beschäftigung von etwa nur 30 Wochen ergibt sich demnach eine Einzahlung von 68,10 M. Demgegenüber steht in der hier in Frage kommenden Lohnklasse VI für einen verheirateten Arbeitslosen ohne Kinder in einer Stadt der Ortsklasse B bis E mit 10 000 Einwohnern, also in einer Mittelstadt, ein Unterstützungssatz von 9 M. wöchentlich. In den sechs Wochen des sogenannten versicherungsmäßigen Bezuges erhält der Arbeitslose demnach 54 M. ausbezahlt, d. h. immer noch 12,10 M. weniger, als in 30 Wochen, also in verhältnismäßig kurzer Beschäftigungszeit, die kaum über die notwendige Anwartschaftszeit hinausgeht, eingezahlt worden sind. Dabei ist auf der Beitragsseite die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe nicht einmal mit berücksichtigt.

So etwas nennt die Papen-Regierung „Vereinfachung und Verbilligung sozialer Einrichtungen“. Nach der Notverordnung vom 4. September d. J. hat sie das Recht, derartige Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung auf allen Gebieten des sozialen Lebens durchzuführen. Sie wird es tun — zweifellos — wenn nicht das Volk, das von allen diesen Maßnahmen in seinen Lebensnotwendigkeiten getroffen wird, bei der Wahl am 6. November ein Weiterregieren im Papenschen Sinne ein für allemal unmöglich macht.

### Internationales Jahrbuch der Sozialpolitik

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat kürzlich den zweiten Band seines „Internationalen Jahrbuchs der Sozialpolitik“ herausgegeben, der sich auf das Jahr 1931 bezieht und auf mehr als 600 Seiten über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation sowie über die soziale Gesetzgebung und Verwaltung aller Staaten der Erde berichtet.

Die Ratifikation der von den Arbeitskonferenzen aufgestellten Übereinkommen betreffend Arbeitsschutz und Arbeitsrecht hat sich infolge der Wirtschaftskrise verlangsamt. Im Jahre 1931 fanden nur 34 Ratifikationen statt, die sich auf 16 Staaten verteilen, und zwar ist Litauen 5 Übereinkommen beigetreten, Spanien 4, Großbritannien und Australien je 3, Luxemburg, Polen und Schweden je 2; neun andere Staaten haben je ein Übereinkommen ratifiziert. Deutschland ist im letzten Jahre keinem sozialpolitischen

sechs Mitglieder des Rats; Deutschland ist in beiden Gruppen vertreten. Die Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder von 24 auf 32, die schon 1922 beschlossen wurde, konnte noch immer nicht stattfinden, weil die Zustimmung einiger Staaten zu dieser Satzungsänderung noch ausbleibt.

Zur Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts bei der Erledigung seiner Aufgaben hat der Verwaltungsrat 25 Sachausschüsse eingesetzt; davon bestehen acht nur aus Mitgliedern des Rats selbst, weitere 12 aus Mitgliedern des Rats und außenstehenden Sachverständigen oder Vertretern anderer Einrichtungen; endlich fünf nur aus Sachverständigen, die nicht Mitglieder des Rats sind. Die meisten Ausschüsse treten nur einmal im Jahr, manche noch seltener, zu Beratungen zusammen.

Um Unterlagen für die Verhandlungen der Arbeitskonferenz, des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse zu beschaffen, hatte das Internationale Arbeitsamt eine Reihe von Erhebungen durchzuführen, die sich auf Gegenstände der Tagesordnung dieser Organe bezogen. Außerdem wurden auch andere Studien durchgeführt, deren Ergebnisse zum Teil bereits veröffentlicht wurden. Dazu gehören Arbeiten über das Schlichtungswesen; die Regelung der Frauenarbeit; die Aufstellung von Statistiken der Berufsfrankheiten; die Unfallverhütung bei der Herstellung und Verwendung von Zellhorn und von Zetynen; die Grundzüge und Verfahren der Lohnfestsetzung im Kohlenbergbau; die Rationalisierung; die Arbeitslosigkeit usw. Noch nicht abgeschlossen sind Arbeiten über Neuregelung der Arbeitszeit, hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Verteilung der Arbeit auf die größtmögliche Zahl von Arbeitern; über Probleme der Gefangenearbeit; die Sozialmedizin und Unfallverhütung; die Gesetzgebung über Kinderarbeit und andere.

Die Ausgaben des Internationalen Arbeitsamts betragen 1931: 8 879 000 Fr., während die Haushaltsrechnung 9 158 000 Fr. vorgesehen hatte. Für das Jahr 1932 hat die Völkerbundversammlung dem Internationalen Arbeitsamt 9 287 000 Frank bewilligt. Infolge der Wirtschaftskrise gehen die Beiträge der Staaten an den Völkerbund langsamer ein als in normalen Zeiten; am 31. Dezember 1931 belief sich der auf das Internationale Arbeitsamt treffende Teil der Beitragsrückstände auf fast 6 Millionen Frank. Deutschland hat 1931 den Beitrag an den Völkerbund (von dem ein Teil dem Internationalen Arbeitsamt zugefließt) noch voll bezahlt. Im August 1932 aber hat die Reichsregierung beschlossen, das fällig gewordene Viertel des deutschen Völkerbundsbeitrages wegen Devisenschwierigkeiten nicht auszuführen, sondern bei einer Großbank in Deutschland zu deponieren.

Die Fortschritte der sozialen Gesetzgebung waren 1931 geringer als in den vorausgegangenen Jahren, seitdem das Internationale Arbeitsamt besteht. Bemerkenswerte sozialpolitische Erfolge waren besonders in einigen lateinamerikanischen Staaten zu verzeichnen, wie z. B. das Inkrafttreten neuer Arbeitsgesetzbücher in Mexiko und Chile. Das mexikanische Arbeitsgesetzbuch enthält unter anderen Bestimmungen über die Arbeitszeit, welche jenen des Washingtoner internationalen Übereinkommens von 1919 entsprechen. Auch in Brasilien, Kolumbien und in der Union von Südafrika wurden von den Regierungen Gesetzentwürfe vorgelegt, welche die Anpassung der innerstaatlichen Arbeitszeitregelung an das Washingtoner Übereinkommen bezwecken. Soweit es sich um lateinamerikanische Länder handelt, bestehen allerdings Zweifel, ob dort erlassene moderne Arbeitsschutzgesetze auch durchgeführt werden oder lediglich auf dem Papier stehen bleiben.

Die Gesetzgebung zum Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder wurde 1931 ebenfalls vorzüglich in außereuropäischen Ländern ausgebaut.

Die Sozialversicherung machte 1931 nur geringe Fortschritte. In Frankreich ergingen mehrere Verordnungen zur Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes von 1928/30. In Litauen wurde die Krankenversicherung umgestaltet. Luxemburg hat die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung eingeführt. Herabsetzungen der Versicherungsleistungen kamen außer in Deutschland noch in einer Reihe von Ländern vor, besonders in Ungarn, Jugoslawien, Lettland und Rußland.

Die Arbeitslosenversicherung wurde 1931 in einigen Staaten abgebaut, in anderen verbessert. Die weitgehenden Verschlechterungen in Deutschland sind bekannt. Viel weniger weitgehende Einschränkungen kamen in Oesterreich vor. In Bulgarien wurden die Unterstützungssätze für Arbeitslose mit Familienpflichten erhöht. Dänemark erließ ein Gesetz über Krisenunterstützung. Frankreich hat die staatlichen Zuschüsse zu den freiwilligen Arbeitslosentassen hinaufgesetzt und die Gewährung von Unterstützung an Kurzarbeiter vorgeesehen. In Großbritannien wurden mehrere Verordnungen erlassen über die Erhöhung der Beiträge und die Einschränkung der Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung. Dagegen hat Luxemburg die Unterstützungssätze erhöht. In Polen wurden die Beiträge und Unterstützungssätze wieder auf den Stand von 1924 gebracht. In Spanien wurden die Vorschriften über die freiwillige Arbeitslosenversicherung geändert, und es wurde eine Landesarbeitslosentasse errichtet. In der Schweiz wurde die freiwillige Arbeitslosenversicherung ausgebaut.

Neue Gesetze und Verordnungen über kollektive Arbeitsverträge erließen Spanien, Jugoslawien, Chile und Mexiko. Neue Gesetze über Berufsvereine wurden in Brasilien und Kolumbien geschaffen; in einigen anderen Ländern wurden die Vorschriften betreffend das Koalitionsrecht geändert.

Das Jahrbuch des Internationalen Arbeitsamts enthält außerdem Angaben über die Bewegung der Preise und Löhne, die wirtschaftliche Produktion, das Geld- und Finanzwesen, den Welt-handel usw. H. F.

### Es gibt nur eine Linie des Klassenkampfes

An der Wiege der christlichen Gewerkschaften standen neben Arbeitern Unternehmer, Akademiker und vor allem Priester. Sie wurden gegründet, um den mächtig in die Breite gewachsenen freien Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Längst schon hat sich erwiesen, daß zur echten Wahrnehmung von Interessen der Arbeiter es nur ein Entweder-Oder geben kann. Deshalb wurden die christlichen Gewerkschaften manchmal auf Wege gedrängt, die von denen der freien Gewerkschaften nicht sehr abwichen. Mitunter trifft man Äußerungen, die man glatt unterschreiben kann. Auf dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf sprach der bekannte Prälat Dr. Pieper. Im Verlauf seiner Rede machte er folgende Ausführungen:

„Die äußeren Freiheitsrechte sind jetzt infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der politischen Ereignisse gelähmt. Jahrhunderte lang haben die Arbeiter ruhig zugehört, wie andere Stände für Freiheit kämpften, ohne den Willen aufzubringen, auch für sich selber Freiheit zu fordern. Das ist anders geworden durch die Gewerkschaftsbewegung. Gegen diese Freiheit rüsten nun die erwartete Reaktion. Das dürfen Sie sich nicht gefallen lassen. Man versucht Ihnen Dinge zuzumuten, die man bürgerlichen Kreisen nicht zumuten würde. Man geht wieder, wie in früheren Jahrhunderten, dazu über, die unteren Stände als die Lastenträger zu behandeln. Ihre beste Waffe wird sein, wenn Sie diesen Reaktionen sagen: Ihr beleidigt deutsche Arbeiter, die durch die göttliche Weltordnung berufen sind, ebenso freie Menschen zu werden, wie die Bauern es vor 100 Jahren geworden sind.“

Diese Sätze hätten auf einem Kongreß der freien Gewerkschaften ebenfalls Beifall gefunden. Es ist nicht verwunderlich, daß die Unternehmer derartige Redewendungen eines katholischen Geistlichen nicht gern sehen. Die Bergwerks-Zeitung nennt sie deshalb „eine einzige Predigt des Klassenkampfes“. Wie dem auch sei: Die freien Gewerkschaften brauchen ihre Grundeinstellung nicht zu verlassen. Die Herausbildung scharfer Klassengegensätze läßt auf die Dauer Halbheiten nicht zu. Es gibt infolgedessen nur eine Linie des Klassenkampfes.

### Die Fünftagewoche wird und muß kommen!

Als die Gewerkschaften zum ersten Male die Einführung der 40-Stunden-Woche forderten, schüttelten weiße Leute die Köpfe. Man hielt es für absurd, daß nach einem so kurzen Bestehen des Achtstundentages bereits eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich 8 Stunden erfolgen sollte. Dabei wurde vergessen, daß die revolutionären Verhältnisse der Nachkriegszeit Gewohnheiten und Einrichtungen schon nach kurzer Zeit als überholt erweisen können. So ist es auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Heute hat diese gewerkschaftliche Forderung Befürworter bis in die Regierungskreise hinein erhalten. Das Internationale Arbeitsamt ist nicht nur von den Arbeitervertretern gedrängt worden, diesem



Sie ist zu lang!

Problem die nötige Beachtung zu schenken, es haben auch Regierungen die Dringlichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit dem VAA gegenüber betont. Der Verwaltungsrat dieser internationalen Sozialbehörde hat kürzlich beschlossen, eine technische Konferenz zur Beratung der Frage der Arbeitszeitverkürzung einzuberufen. Ferner soll dieses Problem einen der wichtigsten Tagesordnungspunkte der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz bilden. Was vor einigen Jahren noch ein frommer Wunsch war, scheint mithin in nicht allzuferner Zeit, Wirklichkeit zu werden. Nach den Verlautbarungen der letzten Monate kann man annehmen, daß maßgebende im Internationalen Arbeitsamt vertretene Regierungen die Forderung der 40-Stunden-Woche mit unterstützen. Als Gegner einer internationalen Regelung werden wahrscheinlich nur noch die Unternehmer auftreten. Doch man ist gewohnt, von dieser Seite her nur Hemmnisse für die Sozialpolitik zu erwarten. Die Fünftagewoche ist eine notwendige Begleiterscheinung des technischen Zeitalters. Wenn die Maschine Millionen Arbeitskräfte in allen Ländern überflüssig macht, dann muß auf irgendeine Art und Weise versucht werden, diesen durch die Technik verdrängten Arbeitskräften Beschäftigung wieder zu verschaffen. Die anfallende Arbeit muß mithin auf alle Arbeitskräfte verteilt werden. Dies kann nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit geschehen. In allen Ländern wird sich deshalb die Fünftagewoche als unumgänglich notwendig erweisen. Zwar wird es noch bibelfesten Leuten so hingestellt, als ob ein Ruhetag nach sechs Arbeitstagen ein göttliches Gesetz sei. Davon steht aber nirgends etwas geschrieben. Die Vervollkommnung der Arbeitsmittel erlaubt es schon heute, zwei Ruhetage in eine Woche fallen zu lassen. Aber auch die gesetzliche Einführung der Fünftagewoche wird nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Schon jetzt sehen Wissenschaftler auseinander, daß in einigen Jahrzehnten die Menschheit durchaus in der Lage ist, mit einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden die gleiche oder eine noch höhere Menge von Produkten als heute in 48 Stunden zu erzeugen. Jedenfalls ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit und ohne Segen der Unternehmer das Erfordernis der Zukunft.

### Wie sich Mamluken anbiedern

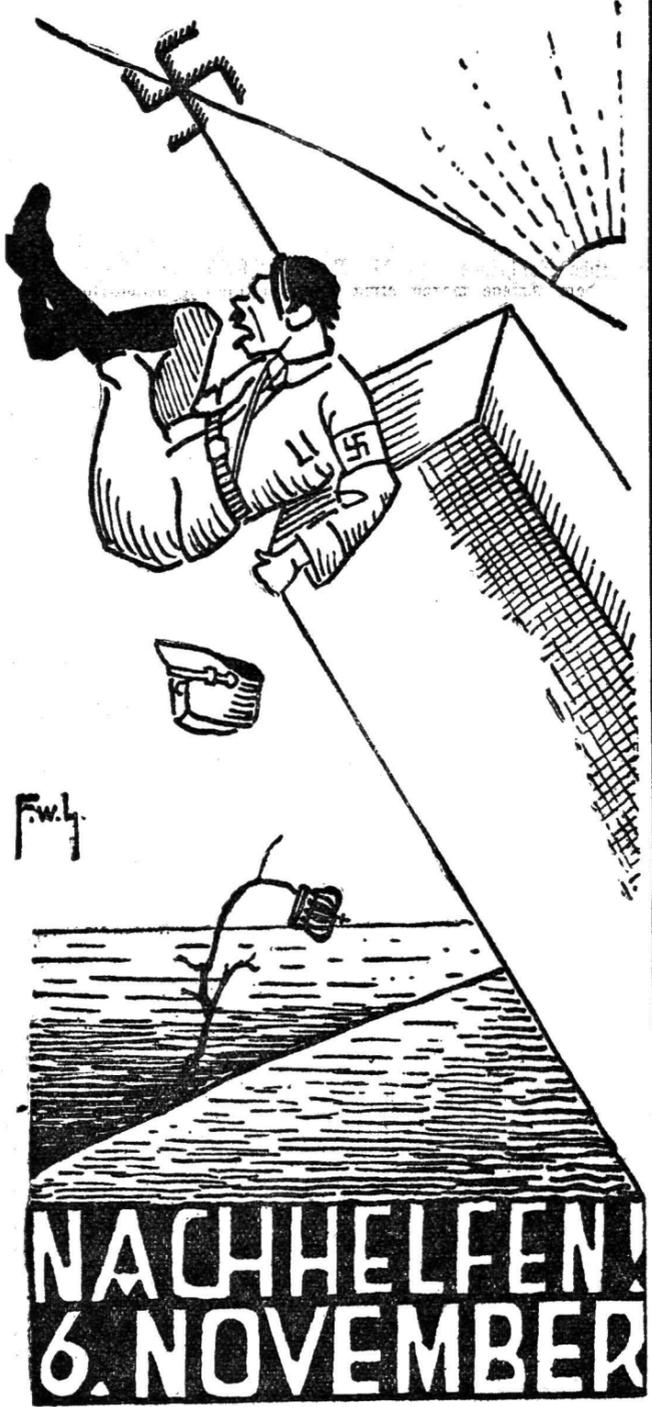
Wir wollen es ruhig eingestehen: Unter den deutschen Arbeitern und Angestellten gibt es noch sehr viele, die von der besonderen Mission des Hands- und Kopfarbeiters nicht überzeugt sind. Es ist dies die große Reservearmee, die der Reaktion in allen ihren Schattierungen zur Verfügung steht. Manchmal bekommt man einen Einblick, wie sich solche Mamluken bei den Unternehmern beliebt zu machen versuchen. In der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 191 befindet sich die Zuschrift eines Angestellten. Dieses Schreiben gibt dem großindustriellen Scharfmacher August Kosterger durchaus recht, wenn er die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verkürzung des Lohnes als Mittel zur Krisenüberwindung ansieht. Nachdem dieser Angestellte der Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden — man bedenke, in der heutigen Zeit, wo selbst die Regierung die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit einseht — zugestimmt hat, schreibt er:

„Tun wir das nicht, so zwingen wir uns selbst — trotz allen Dagegenrebens — immer mehr zur Autarkie. Und wenn wir dann nicht zusammenbrechen, so werden wir das nur der Arbeitsdienstplicht zu verdanken haben. Denn die Arbeitsdienstplicht muß kommen. Sie wird mehr sein, als ein ideales Erziehungs-mittel für die Jugend. Sie wird politische Gegensätze überbrücken; sie wird nicht nur Kulturboden, sondern auch andere Kulturwerte schaffen; eine Befruchtung der gesamten Wirtschaft wird von ihr ausgehen, selbst auch dann, wenn sie einmal über den Rahmen der zulässigen Arbeiten hinausgehen sollte. Ich möchte die Arbeitsdienstplicht mit der Eisenbahn vergleichen. Wie ist zur Zeit Friedrich List's Eisenbahnsystem bekämpft worden! Und doch hat erst die Eisenbahn den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Und so wird auch jetzt die Arbeit als Pflicht den Wiederaufstieg ermöglichen, besonders in Verbindung mit einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltserhöhung.“

In Nr. 216 druckt die „Bergwerks-Zeitung“ die Zuschrift eines Kalk-Bergmanns ab. Eine Stelle aus diesem Geschnuße dürfte genügen:

„Wir deutschen Arbeiter glauben, daß es nicht mehr allzu lange dauert, bis das deutsche Unternehmertum sich von den Fesseln, die ihm durch den Tarifvertrag auferlegt worden sind, von den Gewerkschaften befreit und jedem deutschen Arbeiter wieder Brot und Arbeit gibt; denn Deutschland wird in Zukunft nicht mehr, wie bisher, Arbeiter und Arbeitgeber kennen, wo jeder in andern seinen Todfeind sieht, sondern es wird nur einen deutschen Volksgenossen, ohne Klasse, Menschen des Gemeinschafts- und Volksstaates, geben, wer auch ihr Führer sei...“

Ein Kommentar zu diesen Äußerungen von Menschen ohne Rückgrat würde nur abschwächen.



Übereinkommen beigetreten. Die Gesamtzahl der Übereinkommen wurde um eines vermehrt, nämlich jenes über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken.

Die innere Organisation des Internationalen Arbeitsamts wurde 1931 nicht geändert. Der Verwaltungsrat des Amts wurde, soweit er aus Wahlen hervorgeht, auf der 15. Tagung der Arbeitskonferenz neu gewählt. In der Gruppe der Regierungsvertreter werden nur vier Mitglieder durch Wahl bestimmt, die übrigen acht Mitglieder treffen auf die Staaten von größter wirtschaftlicher Bedeutung zu, denen Deutschland gehört. Bei den letzten Wahlen schieden Argentinien und Schweden aus, dafür erhielten Brasilien und Dänemark eine Vertretung im Verwaltungsrat. Die Gruppe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wählen je

## Gelöbnis

Wir wollen,  
daß die arbeitende Klasse frei werde  
von wirtschaftlicher Ausbeutung;  
daß sie gleich werde  
allen anderen Gliedern der Gesellschaft.  
Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen,  
die mit uns verbunden sind  
für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel.  
Unwandelbare und unverbrüchliche Treue  
der gewerkschaftlichen Organisation,  
die uns führen soll,  
und der wir dienen wollen!

Dieses Treue-Gelöbnis der Jugend zur gewerkschaftlichen Organisation wurde  
auf dem Jugendtreffen in Rheinland-Westfalen in Düsseldorf am 10. und  
11. Juli 1926 abgelegt.

## Junge Arbeiter! Lehrlinge!

Die Arbeitsverhältnisse sind schlecht! Die Bezahlung ist niedrig,  
die Behandlung zeitgemäß, die Ausbildung mangelhaft! Schuftin!  
Schneller! Schneller! Und lang dehnt sich der Tag,  
unendlich lang, bei dieser Qualerei.

Das sind die Arbeitenden.

Ein Jahr ohne Arbeit! Zwei Jahre ohne Arbeit! Drei Jahre  
ohne Arbeit! Ueberhaupt noch keine Arbeit! Ist das ein Leben?  
Ein Jahr Lehre! Zwei Jahre Lehre! Drei Jahre Lehre! Vier  
Jahre — und dann Arbeitslosigkeit. Das ist kein Leben, das ist  
ein Schinden und Quälen voll unsäglicher Pein.

Das sind die Arbeitslosen.

Daheim sind Eltern und Geschwister. Verflissen, denn die Not  
pocht an die Tür. Die Sorge ist ständiger Gast. Denn wenn auch  
einer Arbeit hat, die Arbeitslosigkeit droht unerbittlich Tag für  
Tag in jedem Haus. Dies Daheim ist kein Daheim mehr, es ist die  
Stätte, wo Mißmut abgeladen wird auf alle.

Das ist daheim.

Und die Arbeitsstätten? Die Stempelstellen? Die Suppen-  
küchen? Die Straßeneden? Die Landtrahnen? Dort tönen starke  
Worte! Dort schimpft man über Bonzen! Dort werden neue  
Reiche angekündigt, in denen es besser werden soll. Dort werden  
viele Sprüche geklopft.

Das ist das Reich der starken Worte.

## Jungvolk!

Das ist die Welt, in der ihr lebt! Sie wurde so gestaltet von  
den Feinden des Sozialismus. Die Gegner der Arbeiterschaft  
wählten sich die Wirtschaftskrise zur Waffe zu machen. Sie haben von  
unseren Erzeugnissen Stück um Stück genommen. Sie heizen  
Arbeiter gegeneinander, sie verleumden die Führer der Arbeiter-  
organisationen, sie verdienen an Unterstützungsabbau und am Lohn-  
raub. Und du, Jungvolk, du spürst das Tag für Tag.

Soll das so weitergehen? Soll die Lehre mangelhaft bleiben?  
Soll deine Arbeitslosigkeit ewig währen? Sollen immerfort die  
Gegner der Arbeiterschaft die Nutznießer der Arbeit anderer  
bleiben? Nein! Entschieden nein! Wir wollen keine Ausbeutung!  
Wir wollen keine Knechtschaft! Wir wollen nicht zur Untätigkeit  
verdammte sein! Wir fordern

## Arbeit!

Ausreichenden Lohn!

Ferien!

Eine gute Ausbildung!

## Jugendschutz!

Kurz gesagt: Wir wollen Lebensraum für den  
arbeitenden Menschen!

## Jungvolk! Freunde!

Seht das Leben! Erlebt eure Umwelt! Habt die Augen und  
Ohren offen. Erkennt die Gegenwart und die euch als Arbeiter-  
kinder erwerbenden Aufgaben! Reißt euch ein! Kämpft mit!  
Seid Streiter für den Freiheitskampf der Arbeiterschaft! Seid  
Kämpfer für den Sozialismus.

Tretet ein in die freien Gewerkschaften!

## Die Jugend in den Gewerkschaften

Am Ende des Jahres 1931 waren im Allgemeinen Deutschen Ge-  
werkschaftsbund rund 240 000 jugendliche Mitglieder vorhanden.  
Es sind dies die Lehrlinge und die unter 18 Jahre alten jugend-  
lichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitergewerkschaften;  
die Jugend der freien Angestelltenverbände ist in dieser Zahl nicht  
mit enthalten.

Singebender und planmäßiger Arbeit von jung und alt in der  
Bewegung hat es bedurft, um diese große Zahl Jugendliche in den  
Gewerkschaften zu vereinigen, denn erst in den Jahren nach der  
Staatsumwälzung von 1918 konnten die Gewerkschaften in ihrer  
Gesamtheit daran gehen, sich auch um die Angelegenheiten des

## Freiheitskampf

Glaub' nicht, daß du mit Schwärmerei  
Die Freiheit leichtlich kannst erringen,  
Auch nicht durch Schimpfen und Geschrei  
Wirkt du die Freiheit dir erzwingen!  
Die Freiheit ist kein loser Strauch  
Auf einsam gelbem Hügelrücken,  
Den jedes Großmaul, jeder Gauch  
Kann grob und mühelos sich pflücken!

Auch läßt sich Freiheit nicht gewinnen  
Im Karten- oder Würfelspiel,  
Sie muß in deinem Herzen rinnen  
Als deines Lebens höchstes Ziel!  
Und dieses Gut, das muß du pflegen  
Mit Sorgfalt und Beharrlichkeit,  
Zu jedem rechten Ernteseigen  
Gehören Pflege, Ernst und Zeit!

Die Freiheit ist ein hohes Gut,  
Und wer sie klüglich will erringen,  
Der muß sein ungelühtes Blut  
In strengeucht und Ordnung zwingen!  
Nicht blinde Stürmerleidenschaft —  
Kein, froher Freiheitskämpfermut  
Gepaart mit Manneszucht und Kraft  
Erringt der Freiheit hohes Gut!

## Der verlassene Steinbruch

Von weitem sieht es aus, als hätte eine Riesengranate ein ge-  
waltiges Loch in den Fuß des Berges gerissen. Wir aber wissen,  
daß dies in der Nachzeit gespenstlich anmutende, zackige Loch im  
Berg vor nicht allzulanger Zeit ein sehr ergiebiger Steinbruch war.  
Noch besser wissen es aber die Alten. Die sich noch erinnern  
können, wie sozusagen der erste „Spatenstich“ an den Bruch gelegt  
wurde. Es soll schon etliche Jahrzehnte her sein, als ringsum  
in den Bergen der erste kostbare Granit gefördert wurde, behauen  
und geschliffen aufgestellt in aller Welt nahm. — Da entdeckten  
Interessenten auch die Güte dieses Materials und machten einen  
Steinbruch auf.

Eines Morgens kamen die Holzfüller und legten die langen,  
schlanke Nichten um. Eine um die andere schlug tragend und  
rauschend zu Boden, bis genügend Raum für die zu beginnende  
Bauhütte vorhanden war. Rasch war der lockere, nicht sehr tiefe  
Waldboden entfernt und der nackte, jungfräuliche Felsen lag ent-  
blößt in der Sonne. Dann kamen die Steinbrecher mit ihrem

Wachstums der Arbeiterschaft zu bekümmern. Das 1922 beschlossene  
gewerkschaftliche Jugendprogramm gab die Richtschnur für die  
Tätigkeit auf diesem neuen gewerkschaftlichen Aufgabengebiet. Es  
verpflichtete die Gewerkschaften, sich überall für die Interessen der  
Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiterschaft einzusetzen, gleich-  
zeitig aber auch sich um die geistige Entwicklung, um die Er-  
ziehung der jungen Arbeiterschaft zu kümmern. Den jugendlichen  
Lehrlingen in besonderen Jugendgruppen eine Stätte der Schulung,  
aber auch des Gemeinschaftslebens und der jugendgemäßen Be-  
tätigung geboten werden. In großer Zahl sind diese Jugend-  
gruppen im ganzen Lande gebildet worden. Am Ende des  
Jahres 1931 waren 2173 Jugendabteilungen vorhanden.

Der Umfang der von den Jugendabteilungen geleiteten Arbeit  
wird durch die nachfolgenden Zahlen veranschaulicht: Im Jahre  
1931 führten die gewerkschaftlichen Jugendgruppen und Lehrlings-  
abteilungen insgesamt 78 519 Veranstaltungen durch, die 1 190 984  
Teilnehmer aufwiesen. Auf das Gebiet der sachlichen Fortbildung  
entfielen hier von 25 007 Veranstaltungen mit 317 773 Teilnehmern.  
Der allgemeinen und der gewerkschaftlichen Fortbildung dienten  
27 691 Veranstaltungen mit 502 206 Teilnehmern. Zu dieser  
Gruppe gehören Vorträge, Leses- und Diskussionsabende, Unter-  
richtskurse, Film- und Lichtbildvorführungen usw. Dem Spiel  
und der Unterhaltung im Heim waren 7731 Zusammenkünfte ge-  
widmet, während 5674 Spielabende im Freien, 7190 Wanderungen  
und 630 mehrtägige Ferienfahrten gemeldet wurden. In der

## Eltern, Gewerkschafter!

In den freien Gewerkschaften sind Lehrlinge und jugendliche  
Arbeiter organisiert. Sie kommen in Jugendabteilungen zusam-  
men. Dort erwerben sie geistiges Rüstzeug für den Lebenskampf.  
Sind eure Söhne und Töchter in der Gewerkschaftsjugend? Nein?  
Dann säumt nicht länger. In den Gewerkschaften hat sich jung  
und alt zusammenzufinden; es muß gemeinsam gewirkt werden,  
um im Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion zu bestehen.  
Führt eure Söhne und Töchter der Gewerkschaft zu! Haltet sie  
zum regelmäßigen Besuch der Jugendveranstaltungen an. Ihr er-  
weist ihnen und euch selbst einen Dienst, denn gute Gewerkschaften  
vermehren Schlagkraft und Erfolge der Arbeiterbewegung.

Durchführung dieser Arbeit sind jüngere und ältere Gewerkschafts-  
kollegen gemeinschaftlich tätig. Vielen jüngeren Kollegen bietet sich  
hier ein geeignetes und wichtiges Aufgabengebiet. Von den in  
unseren Verbänden Ende 1931 insgesamt gezählten 8837 Jugend-  
funktionären waren 4143 über 18 Jahre und 4694 unter 18 Jahre  
alt. Die große Mehrzahl der über achtzehnjährigen Jugendleiter  
befindet sich in dem Alter zwischen 20 und 30 Jahren.

Die nun schon seit Jahren alle Lebensverhältnisse schwer be-  
drückende Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit haben auch  
die Jugend hart betroffen. Die besonderen Nöte der erwerbslosen  
Jugend zu mildern, ihr das schwere Schicksal etwas zu erleichtern,  
ist gegenwärtig die Hauptaufgabe der Gewerkschaften und ihrer  
Jugendgruppen und Jugendräte. Neben der Sorge für materielle  
Hilfe wird großes Gewicht darauf gelegt, den jüngeren Erwerbs-  
losen ihre Berufskenntnisse zu erhalten, die unfreiwillige Muße  
durch wertvolle Veranstaltungen auszufüllen und ihnen Be-  
tätigungsmöglichkeiten zu bieten, die dem unausgefüllten Dahsein Inhalt  
geben. Alle Formen der Erwerbslosenhilfe werden von den Ge-  
werkschaften gefördert oder selbst in die Wege geleitet. In einer  
großen Zahl von Schulungskursen und Freizeiten wurden die  
jungen erwerbslosen Kollegen mit den wichtigsten Gegenwartsfragen  
der Wirtschaft- und Sozialpolitik sowie der Arbeiterbewegung ver-  
traut gemacht. Im Winterhalbjahr 1931/32 haben die Verbände  
und Bezirke des DGB allein innerhalb Preußens 86 solcher  
Schulungsveranstaltungen durchgeführt, in denen 4400 Teilnehmer  
17 371 Schultage verbrachten. Die von den örtlichen Organisationen  
getroffenen Erwerbslosenveranstaltungen und Schulungskurse konn-  
ten statistisch nicht erfaßt werden.

Mit dem im Jahre 1931 zu verzeichnenden Rückgang der Mit-  
gliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von  
4 717 569 am Ende des Jahres 1930 auf 4 134 902 am Ende des  
Jahres 1931 ist auch ein Rückgang in der Zahl der jugendlichen  
Mitglieder eingetreten. Die Ursachen für diesen Rückgang sind zu  
einem erheblichen Teil in der wesentlich kleiner gewordenen Lehrlings-  
haltung zu finden, weiter aber auch in der durch die Arbeits-  
losigkeit hervorgerufenen großen Notlage in den Arbeiterfamilien.  
Bergewärtig man sich aber, daß die Zahl der in Arbeit stehenden  
erwerbstätigen Jugendlichen (1925 wurden 1 750 000 Jugendliche  
unter 18 Jahren als gewerbliche Arbeiter beschäftigt, davon rund  
1 Million als gewerbliche Lehrlinge) ein Vielfaches von der Zahl  
der gewerkschaftlich organisierten Jugend ausmacht, so ergibt sich die  
Möglichkeit und auch die Notwendigkeit, weitere Gruppen der  
jugendlichen den Gewerkschaften zuzuführen. Jedes jugendliche  
Gewerkschaftsmitglied muß es gerade in der gegenwärtigen Notzeit,  
in der die Gewerkschaften schwer um ihren Bestand zu ringen haben,  
als erste Pflicht empfinden, an der Gewinnung der Jugend für die  
Gewerkschaften mitzuarbeiten. W. Maschke.

Werkzeug. Rohige Bohrer stießen in das Gestein und die ersten  
Sprengungen ließen den gewaltigen, breiten Berg in seinen Grund-  
festen erzittern. — Und weil der Felsen von gutem Stoff war,  
drangen die Bohrer und die gefühllosen Brechlangen tiefer und  
tiefer in die Eingeweide des Berges ein. — Das einst so stille Tal  
war erfüllt von geschäftigem Tun und hallte wider vom Echo der  
sich häufenden Sprengungen. Aus den Ritzen und Spalten der  
Gesteinslagen aber rann das klare Bergwasser, als weine der Berg  
über die ihm zugefügten Wunden.

Weißend und singend, den staubigen Hut schief im Nacken, be-  
gannen die Steinmeßer ihre Arbeit. Flugs war eine notdürftige  
„Bude“ hingestellt, damit der Regen den „Broden“ nicht unnützlich  
negen und die allzu neugierige Sonne die Kunst nicht abschauen  
konnte. Hui!, war das gar bald ein fröhliches Schaffen unter  
blauem Himmel im Steinbruch. Von den Hängen tauchten die  
Wipfel der Bäume ihr urewiges Lied. Der Talgrund grünte und  
blühte und die gefieberten Sänger flatterten wohl anfangs etwas  
ängstlich und verzagt ob dieser Störung von Bergwand zu Berg-  
wand — gar bald aber gewöhnten sie sich an das Treiben und  
stimmten munter mit in das lustige Kling-Klang von Hammer und  
Meißel. Nur das Bächlein gluckte und plätscherte in altgewohnter  
Unrast durch den Wiesengrund, als ginge ihm die Störung gar  
nichts an.

Ja, damals lag noch etwas Poesie im ehrbaren Handwerk des  
Steinbauers. Er war noch so etwas, was man „frei“ nennen  
konnte. Der Meister von damals lehrte noch nicht den „Beherrschter“  
heraus, meistens schaffte er noch selber mit in der Kolonne. Der  
„Herrenstandpunkt“ kam erst im Laufe der Zeit mit zunehmendem  
Gewinn, damit doch der nun einmal notwendige, andere sagen  
„gottgewollte“, Klassenunterschied auch wirklich schon rein äußerlich  
zutage trat. Damals war der Steinmeßer noch nicht in jene ver-  
klaukelten Paragraphen eingegrenzt, die man heute „Arbeitsord-  
nung“ nennt. Böse Leute natürlich, die überhaupt keinerlei Ein-  
sicht haben, behaupten aber trotzdem, daß es früher ohne diese Pa-  
ragraphen viel „geordneter“ und geistiger zugegangen sei als heut-  
zutage, wo man trotz oder viellecht wegen der „geordneten Arbeit“  
weniger zu arbeiten und weniger zum Beißen als anno dazumal  
hat. Aber wie gesagt, das sind die ewigen Nörgler und Kritiker,  
die absolut nicht einsehen wollen, daß das heutige hochkapitalistische  
System als ein von Gott gewolltes — frei nach Papen — durchaus  
das für den Arbeiter geordneteste ist.

Jene Menschen arbeiteten noch mit Lust und Liebe an ihren  
„Broden“, wie der Steinmeßer den zu bearbeitenden Stein nennt.  
Und weil der Steinmeßer den Griesgramm nicht leiden mag und zeit-  
weise das Leben auch von seiner besseren Seite zu nehmen ver-  
steht, so wurde zwischen zwei Broden, wie es zuweilen Lust und  
Raune gaben, auch etwas anderes „aufgebäut“, wie es in der  
Steinhauer Sprache stimmungsvoll heißt. Die munteren Gesellen

Ramens, Bezirkskonferenz. Die Rechnungslegung durch  
den Kassierer Kollegen Emil Menschner zeigte, wie der Bezirk  
bisher finanziell gut über die andauernde Krise gekommen ist. Die  
Delegierten dankten dem Kassierer für seine müßtergültige Kas-  
senführung. Bezirksleiter Gibowski gab eingehenden Bericht über  
die letzten Abschlüsse der Lohnsätze für Speller und Plasterstein-  
schläger, Steinmeßer, Steinleger und Schotterschläger. Er stellte in  
den Vordergrund, daß die Affordlöse der Plastersteinschläger nicht  
herabgesetzt werden dürfen und daß vertraglich festgelegt ist, daß  
die Stunden- wie auch Affordlöse der Speller und Steinmeßer  
nach der Notverordnung der Regierung Papen vom 5. September  
und den Ausführungsbestimmungen vom 21. September 1932 nicht  
herabgesetzt werden dürfen. In vielen Industriezweigen  
hat die Auswirkung dieser Notverordnung zu Streiks geführt.  
Solche Kämpfe sind durch die erwähnten Tarifabschlüsse den Stein-  
arbeitern im Bezirk erspart geblieben; das wurde von den Dele-  
gierten besonders anerkannt. — Weniger erfreulich ist die Ent-  
wicklung und Durchführung der Tariflohnforderung der Stein-  
schläger besonders im Böhmen. Obwohl der Tarifstundenlohn für  
Steinleger 1 Mark beträgt, wird dort weit unter Tarif ge-  
arbeitet, und zwar besonders von revolutionären KGO-Leuten  
und den Kommunisten, die ihre eigenen Parteifreunde aus der KPD  
herauswerfen ließen, weil sie als Mitglieder der Tarifkommission  
für den Vertrag mit 1 Mark Stundenlohn waren, und jetzt gehen  
diese „Klassenkämpfer“ hin und arbeiten noch bis um 30 Prozent  
billiger. Jeder ehrlich denkende und handelnde Kollege kann sich  
da selbst ein Bild machen, daß das nicht die geeigneten Vertreter  
sind, die derartige Taten verrichten. — Der sächsische Staat und  
auch Preußen haben größere Aufträge herausgegeben, so daß eine  
größere Zahl Kollegen wieder in Arbeit kam. Hier müssen nun  
die Kollegen in den Betrieben dafür eintreten, daß durch besseren  
Zusammenhang die Affordlöse durch Vereinbarungen, entsprechend  
der besseren Bearbeitung der einzelnen Waren, erhöht werden.  
Die Afforddienste entsprechen nicht der zu leistenden Mehr-  
arbeit. Zu solchen Verhandlungen ist selbstverständlich der Bezirks-  
leiter hinzuzuziehen. Wiederholt wurde der Bezirksleiter bei der  
Direktion für das Straßen- und Wasserbauamt im Finanzministe-  
rium vorstellig, um den Kollegen die Wartezeit beim Arbeitsamt  
zu ersparen, die sie durchmachen mußten, wenn sie entlassen  
wurden, weil keine Staatslieferung eingegangen wäre. In außer-  
ordentlich vielen Fällen wurden Kollegen und deren Angehörige  
beim Arbeits- und Wohlfahrtsamt vertreten, um ihre Rechte zu  
sichern. Auch wurde anerkannt, daß die Kollegen in Betriebs-  
versammlungen über die Wirtschaftslage und Änderungen durch  
Notverordnung unterrichtet wurden. — In der Aussprache wurde  
nur in zustimmendem Sinne berichtet und besonders hervorgehoben,  
daß die gegenwärtigen Angriffe der KPD gegen die Kollegen  
gegen Gibowski diesem nur zur Zurechtweisung gereichen. Diese  
Angriffe sind darauf zurückzuführen, weil er a) ein Werttätiger, und  
nicht nur der Steinarbeiter, im Rahmen der gesetzlichen Mög-  
lichkeiten jede Hilfe angedeihen läßt. Die Kozis sehen ihre  
Helle davon schwimmen, daher ihre Wut und ihr Ge-  
gader. Mit der Versicherung, daß alle Funktionäre ihre ganze  
Kraft im Interesse der Kollegen einbringen werden, wurde die  
Konferenz geschlossen.

Aus dem Elbsandsteingebiet. Eine halbe Stunde Bahnfahrt von  
Dresden und wir gelangen in das als lebenswert anerkannte  
Elbtal. Infolge seiner Naturräuhigkeiten kann es sich wohl auch  
manch anderen Sehenwürdigkeiten in Deutschland an die Seite  
stellen. Der Hauptproduktionszweig im sächsischen Elbtal ist Sand-  
steingewinnung und -bearbeitung. Hier in diesem Bruchgebiet  
herrschte früher ein frohes Leben und Treiben. Tausende doch Hun-  
derte von harten Steinarbeiterfamilien einträgliche Beschäftigung.  
Doch diese Zeiten sind vergangen, wie sieht es heute in diesem Ge-  
biete aus? Immer mehr wird das dem Wind und Wetter trozende  
Sandstein-Material durch den Kunststein verdrängt. Des weiteren  
kommt noch hinzu, möglichst billig bauen, und daß dort, wo bisher  
noch ein wenig Arbeitsmöglichkeit für die Steinmeßer war — die  
Kunststeinbearbeitung — auch diese fast ganz wegfällt.

Nun sind die noch sehr ergiebigen Steinbrüche zum großen Teil  
verwaist, das Echo der Werkzeuge ist längst verklungen. Uner-  
meßliche Kettstümer, die die Natur geschaffen hat, liegen brach.  
Vor dem Kriege waren etwa 2000 Steinhauer beschäftigt, heute  
nur noch der fünfte Teil davon, von diesen wiederum sind es nur  
noch etwa zehn Prozent, die nur wenige Wochen des Jahres das  
große Glück haben, ein farges Eintommen zu verdienen. Andere  
arbeiten verfürzt, so daß der Verdienst kaum ausreicht, die nötig-  
sten Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei ist auch hier der Lohn auf  
einen Stand gesunken, bei dem man Rechenkünstler sein muß, um  
die hungrigen Mäuler am Tische stopfen zu können. Die Unter-  
nehmer aber wollen unbekümmert um diese Not immer noch den  
targen Lohn kürzen. Sie rechnen auf die Augenstehenden, und  
denken willige Helfer, die die Not dazu zwingt, gefunden zu haben.

Aber doch wird der Tag kommen, wo auch wieder andere Lüf-  
ten wehen, und der Sandstein wieder zu Ehren kommt. Dann  
wird sich manches rächen, was wir jetzt murrend ertragen müssen.  
Auf die Kollegen und ihr Verhalten kommt es in erster Linie an,  
um die Lohn- und Arbeitsbedingungen annehmbar zu gestalten,  
und wenn a) I.e., auch der letzte Mann um die Fahne der Organi-  
sation sich einig geschart hat, dann werden auch wieder die jetzt  
uns so drückenden Verhältnisse anderen, besseren, Platz machen  
müssen.

Über Schmalz in der Suppen, Lehm in der Grub'n,  
Lustig sind die Steinhauerbub'n.  
San's im Berg oder im Tal,  
Hör'n tut mer's überall!

Dann paantten sich die Muskeln und der arbeitgeköhlte Körper  
straffte sich im Bollgefühl der Liebe zum Beruf. Dann spottete  
der durch Generationen überlieferte Stolz allen etwaigen Schranken  
und der arbeitende Mensch fühlte sich als das, was er von An-  
beginn war, als freie Kreatur! Wehe, wenn ihm einer  
dies Recht streitig machen wollte: Steinhauerfaust waren  
hart wie Stahl.

Heute liegt der Steinbruch öde und verlassen da. Die Stätte  
einzigsten emigen Schaffens gleicht einem wüsten Trümmerhaufen.  
Krieg und Inflation brachen sich seine Lebenskraft. Der einstige  
Besitzer suchte sich andere Weidplätze und der nachfolgende Käufer  
erwarb den Grund und Boden wohl mehr zu Spekulationszwecken.  
Offenbar hat er keine Liebe zu Steinen, wenigstens wurde bis  
jetzt noch kein Stück Felsen behauen. Andere wieder behaupten,  
daß an der Ergründung des tieferen Sinnes der Worte „Kapazität“  
und „Prosperität“ der Betrieb ins Stolpern gekommen und dabei  
gestorben sei. Ja, ja, die unergründlichen Geheimnisse im kapita-  
listischen Wirtschaftsgetriebe! Wer sie nicht kennt, kommt darin um.  
Und wer es versteht, die Dinge beim richtigen Fipfel zu erwischen,  
wird mit der Zeit ein feiner Hund. Er darf nur der gottgewollten  
Ordnung etwas nachhaltigen Inhalt verleihen, das andere kommt  
dann ganz von selbst.

Wer heute den Steinbruch besucht, dem wird ein Erinnern auf-  
steigen angesichts der grotesken Bruchstellen und der träumerischen  
Einjamkeit. Durchsichtige blauegrüne Wasser füllt die Bruchhöhlen.  
Ein herabfallender Stein braucht Sekunden, bis er den Grund er-  
reicht. Die Bruchwände, die im Sonnenglanz in allen Nuancen,  
blau und grau, schillern, haben gelbe und rote und grüne Moos-  
polster angelegt, und wald' ein Wunder, in den Felspalten auf  
vorgeschobenen Sockeln und in den natürlichen Höhlungen sprießen  
Birken mit hellgrünen Blättern und zierlich gebogenen, leuchtend  
weißen Stämmchen. Zwischen den Steinhalden reist die Himbeere  
und leuchtet die sonnigroten Korallen der Eberesche. Zitterespen  
schütteln unaufhörlich ihr reiches dunkelgrünes Blattwerk, als ver-  
stünden auch sie nicht den Sinn der Zeit! Selbst die wenigen  
Meisen und Ammern piepsen nur verstohlen und tropfenweise, als  
fürchten sie die unheimliche Stille des verlassenen Steinbruchs.

Berthold Müller, Marktleuthen.

**Rundschau**

**Aufruf!** Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not mündet sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Uebermenschliches im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich solidarisch. Wieder geht unser Appell an alle uns genehmsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft. Gebt für die Solidaritätshilfe! Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mitleidszeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

**Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt.**

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.
- Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner freier Angestellten-Bund.
- Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund.

**Was kostet der Badeferien-Erlass?** Die zwangsweise eingesetzte Preußen-Regierung hat neben anderen überflüssigen Maßnahmen auch einen Erlass über die Badeanzüge herausgebracht. Im „B.T.“ macht ein Industrieller eine Rechnung über den Sachschaden auf, den dieser Erlass der Textilindustrie zufügt. Die Entwertung der Lagerbestände schätzt man auf 8 Millionen Mark. Dieser Schaden wird erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise 6 Millionen Mark, welche an etwa 10 000 Arbeiter nicht zur Auszahlung kommt. Ein anderer Fabrikant schließt seine Betrachtungen folgendermaßen: „Durch den Bracht-Erlass ist die Einkaufsmöglichkeit für die Detailisten unterbunden. Damit ist die Fabrikation für die Badeanzug-Fabrikanten für die Saison 1933 unmöglich. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind mit sofortiger Wirkung brotlos geworden.“ Diese Argumente sind eine treffliche Illustration für die gegenwärtige Regierung, die vorgab, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

**Der „Sozialist“ Straßer.** Es gibt tatsächlich Leute, die der Meinung sind, bei den Nationalsozialisten handelt es sich um eine sozialistische Bewegung. Ein großer Irrtum, wie wir gleich sehen werden. Als sozialistisch angehaucht galt in der Öffentlichkeit Gregor Straßer. Der amerikanische Journalist Knickerbocker hat im Laufe seiner Europareise auch Straßer ausgefragt. Das Interview kommt in der Bostoner Zeitung zum Abdruck. Ueber die Frage, wie sich die nationalsozialistische Partei zu einer Planwirtschaft stellen würde, antwortete Straßer: „Planwirtschaft kann ich nicht unterschreiben. Das Ganze müßte notwendigerweise zum Bolschewismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel beginnen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unweigerlich weiterwachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Zwangsjacke stecken. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten.“

Eine derartige Gegnerchaft gegenüber der Planwirtschaft könnte auch von einem Unternehmer geäußert werden. Ein Unterschied zwischen den Meinungen Straßers und den extremsten Individualisten ist jedenfalls nicht zu entdecken. Nachdem Straßer sein Herz gegenüber dem Amerikaner ausgeschüttet hatte, kam letzterer zu dem Standpunkt, „daß Papen und Hitler auf Plattformen stehen, die für außenstehende Beobachter nicht voneinander zu unterscheiden sind. Hitler ist sicher nicht nationalsozialistischer als Papen und Papen ist sicher nicht kapitalistischer als die Nationalsozialisten.“

Knickerbocker schließt seine Darlegungen über dieses Kapitel folgendermaßen: „Wir waren mit dem Programm fertig. Von der offiziellen Version war nicht viel übrig geblieben.“ Wer es bisher noch nicht gewußt hatte, dem ist es aus den eigenen Aussprüchen Straßers zur Wahrheit geworden: bei dem Sozialismus der Nazis handelt es sich um einen großen Schwindler.

**Erleichterung des Krümpersystems.** Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, so entnehmen wir dem Pressebericht des Landesarbeitsamtes Rheinland, sieht seit Oktober 1931 die Möglichkeit vor, die Arbeitslosenunterstützung in Form der sogenannten Krümpersunterstützung zu gewähren. Danach kann bei Vorliegen einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat, wonach wechselweise ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen wird oder die Arbeit aussetzt, für den nichtbeschäftigten Teil der Belegschaft jeweils Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, auch wenn das Beschäftigungsverhältnis nicht vollständig gelöst ist und Arbeitslosigkeit im strengen Sinne demnach nicht vorliegt. Allerdings müssen die sonstigen Voraussetzungen der Unterstützungsgewährung gewährleistet sein (Anwartschaft u. a.). Die Unterstützung darf die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht übersteigen. Für den unbefähigten Teil der krümpersunterstützten Belegschaft wurden bisher meist, soweit das Beschäftigungsverhältnis für die Zeit des Aussetzens in Form der Werkbeurlaubung, fortbestand, Krankenversicherungsbeiträge entrichtet. Nach einer neuerlichen maßgeblichen Entscheidung brauchen jedoch für Krümpersunterstützung beziehende Arbeitnehmer für die Zeit des Aussetzens Krankenversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber nicht entrichtet zu werden. Eine Schädigung des Arbeitnehmers tritt nicht ein, da das Arbeitsamt während der Dauer des Krümpersunterstützungsbezuges die Krankenversicherungsbeiträge abführt.

**So ist es wohl überall!**

**Halbierte Einkommen in Sachsen.**

In welch rapidem Tempo in den letzten Jahren die Zahl der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten und das von ihnen erzielte Einkommen zurückgegangen ist, zeigt eine auf Grund der Beitragsleistungen zur Invaliden- und Angestelltenversicherung veröffentlichte Zusammenstellung in den Monatsberichten des statistischen Landesamtes. Hiernach waren beschäftigt:

- Im Durchschnitt des Jahres 1929 rund 1 564 000 Arbeiter.
- Im Durchschnitt des Jahres 1930 rund 1 317 000 Arbeiter.
- Im Durchschnitt des Jahres 1931 rund 1 147 000 Arbeiter.
- Im ersten Vierteljahr 1932 rund 960 000 Arbeiter.
- Im zweiten Vierteljahr 1932 rund 943 000 Arbeiter.

Das Gesamtlohneinkommen betrug:

- Durchschnittlich pro Monat 1929 213,4 Mill. Mark.
- Durchschnittlich pro Monat 1930 170,4 Mill. Mark.
- Durchschnittlich pro Monat 1931 129,8 Mill. Mark.
- Im ersten Vierteljahr pro Monat 1932 91,0 Mill. Mark.
- Im zweiten Vierteljahr pro Monat 1932 86,6 Mill. Mark.

Die monatliche Lohn- und Gehaltssumme für Angestellte und Arbeiter ist also von 278,8 Millionen Mark auf 132,9 Millionen Mark, d. h. um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

**Der durchschnittliche monatliche Lohn eines vollbeschäftigten Arbeiters sank demzufolge**

- von 136,44 Mark im Jahre 1929
- auf 129,30 Mark im Jahre 1930
- auf 113,16 Mark im Jahre 1931
- auf 94,80 im 1. Viertelj. 1932
- auf 91,83 im 2. Viertelj. 1932

Der durchschnittlich erzielte Monatslohn eines vollbeschäftigten sächsischen Arbeiters sank also von 136,44 Mark im Jahre 1929 auf 91,83 Mark im zweiten Vierteljahr 1932.

Hand in Hand mit diesem Rückgang erfolgte eine völlige Verschiebung in der Befehung der verschiedenen Lohnklassen.

Während im Jahre 1929 noch die Hälfte der beschäftigten Arbeiter (46,4 v. H.) einen Wochenlohn von über 30 Mark erzielte, war 1932 nur noch ein Drittel (27,8 v. H.) in dieser glücklichen Lage.

Eine ähnliche Entwicklung hat sich bei den Angestellten vollzogen. Die Zahl der vollversicherten Angestellten in Sachsen ging zurück von 312 000 im Jahre 1929 auf 252 000 im zweiten Halbjahr 1932. Die verdiente monatliche Lohnsumme sank von 65,4 Mill. Mark auf 46,3 Mill. Mark. Das durchschnittliche Monatsgehalt von 209 Mt. auf 183 Mark.

Die ungeheuerliche Einkommensschrumpfung, die bei den sächsischen Arbeitern und Angestellten im Laufe von noch nicht vier Jahren eingetreten ist, wird sinnfällig durch die Gegenüberstellung der Gesamtsummen.

Im Jahre 1929 waren in Sachsen durchschnittlich vollbeschäftigt 1 878 000 Arbeiter und Angestellte mit 278,8 Millionen Mark Einkommen.

Im zweiten Halbjahr 1932 waren nur noch 1 195 000 vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte vorhanden mit einem Gesamteinkommen von 132,9 Millionen Mark.

Hieraus die Schlussfolgerungen zu ziehen bei der Reichstagswahl am 6. November, wird gewiß nicht schwer fallen. kw.

**Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende September 1932**

Die Zählung umfaßt 552 Zahlstellen mit 36 784 Mitgliedern. 3761 Mitglieder in 167 Zahlstellen konnten nicht erfaßt werden, weil die betreffenden Ortsverwaltungen trotz ständiger Mahnung wieder nicht oder nicht rechtzeitig berichtet hatten.

Es wurden 23 543 Arbeitslose ermittelt, das sind 64 Prozent der von der Zählung erfaßten Mitglieder. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 66,7 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

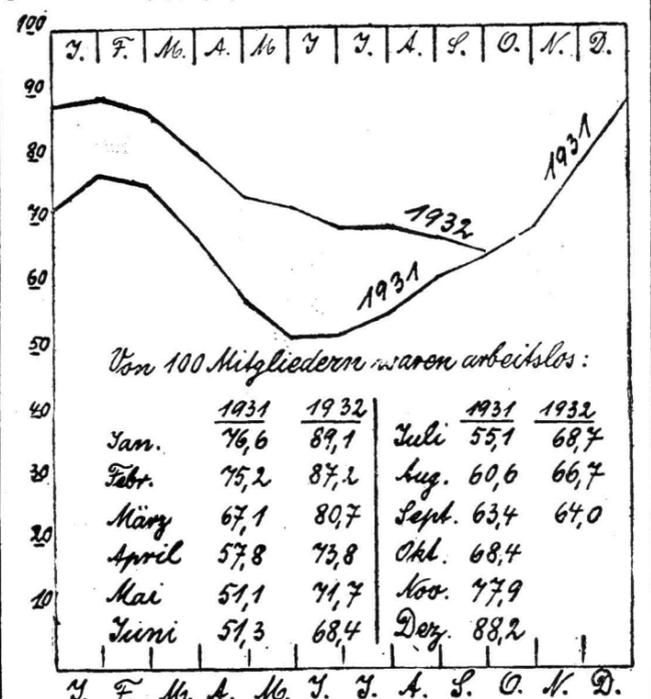
Gruppe	Beteiligte Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H.	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	26 120	16 296	62,4	63,8
Steinseher . . .	10 664	7 247	68,0	74,1

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt		Steinarbeiter		Steinseher	
	Sept. v. J.	Aug. v. J.	Sept. v. J.	Aug. v. J.	Sept. v. J.	Aug. v. J.
Rheinland	80,7	76,5	80,5	75,9	82,7	82,4
Nordmark	76,8	79,0	72,1	71,0	78,7	82,0
Westfalen	72,9	68,0	72,9	69,2	74,6	67,2
Ostpreußen	69,5	56,7	77,1	51,2	65,4	59,9
Hessen	68,8	67,3	64,8	62,8	80,9	79,2
Niedersachsen	66,6	74,4	65,9	65,3	67,2	82,8
Südwestdeutschland	66,5	69,2	67,0	69,5	60,7	56,0
Mitteldeutschland	66,4	68,0	64,7	64,1	67,5	73,8
Pommern	65,6	72,5	56,2	42,4	67,2	77,8
Brandenburg	65,1	68,3	71,8	72,4	62,1	66,4
Bayern	60,6	64,8	60,8	64,7	56,9	66,0
Sachsen	60,0	64,2	60,2	64,0	58,4	65,5
Schlesien	57,8	59,9	56,4	58,4	63,3	70,6

Reichsgebiet	Sept. 1932	Aug. 1932	Sept. 1931	Aug. 1931	Sept. 1930	Aug. 1930
Reichsgebiet	64,0	66,7	62,4	63,8	68,0	74,1
1931	63,4	60,6	61,8	58,3	67,4	66,4
1930	40,6	39,4				
1929	12,9	10,1				
1928	7,1	6,7				

Im Gegenjah zur gleichen Zeit des Vorjahres ist die Arbeitslosigkeit während des III. Quartals dieses Jahres, wenn auch nicht stark, aber doch ständig zurückgegangen, wie aus folgendem Diagramm klar ersichtlich ist.



Ende September d. J. hat sich die Arbeitslosigkeit auf den Stand des Vorjahres gefenkt und es ist nach den eingegangenen Berichten anzunehmen, daß der Oktober eine weitere Senkung der Arbeitslosenziffer bringt.

Allerdings ist der konjunkturelle Verlauf beruflich und örtlich durchaus nicht einheitlich. So ist die Arbeitslosigkeit in ihrer Gesamtheit in den Landesarbeitsamtsbezirken Rheinland, Westfalen, Ostpreußen und Hessen sogar noch gestiegen. Das gleiche trifft zu für die Steinarbeitergruppen in den Bezirken Rheinland, Nordmark, Westfalen, Ostpreußen, Hessen, Niedersachsen, Mitteldeutschland und Pommern; für die Steinsehergruppen in den Bezirken Rheinland, Westfalen, Ostpreußen, Hessen und Südwestdeutschland.

Soweit eine Belebung in beiden Gruppen eingeleitet hat, dürfte sie nicht zu wenigsten auf die Arbeitsbeschäftigungsbestrebungen des Verbandes zurückzuführen sein.

**Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen**

**Berjammlungen:**

Mittwoch, 26. Oktober.  
In Stettin Jugend-Unterhaltungsabend um 19 Uhr im neuen Volkshaus, Augustastr. 17, Hof, 4 Treppen. Alle jungen Kollegen aus dem Steinsehergewerbe und der Steinindustrie sind hiermit eingeladen.

Sonnabend, 29. Oktober.  
In Essen um 19 Uhr im bekannten Lokal auf dem Schwanenstomp. Wichtige Berjammlung, deshalb muß alles zur Stelle sein.

**Geiperrt:**  
In Weihenfels die „Werkstätten für Friedhofskunst“, Otto Schlehman, Inh. Otto Sad, wegen Nichtbezahlens des Tariflohnes.

**Dornreichenbach** Ga. Im Steinbruchbetrieb Windberg, Firma Horn u. Kahle, sind dauernd Lohnunterschiede; dem Firmeninhaber sind Wochenverdienste von 12 und 18 Mark noch zu hoch. Er will sogar Betriebsfremde heranziehen. Also alles hin zu Herrn Kahle!

**Osabrück.** Die Firma Heilmann u. a. Brassard, Mar-morwerk, hat ihre Belegschaft aus gesperrt.

**Streik:**  
In Stettin. Straßenbau. Firma Gädke-Timm.  
In Waldenburg (Schlesien). Straßenbau. Firma Baum.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

**Zur Beachtung!** Von Sperrern usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

**Kollege, hast Du schon einen Taschenkalender für 1933 beim Zahlstellenvorstand bestellt?**

**Adressenänderungen**

- Gau: Brandenburg. Kass.: Adolf Schubert, Gr. Gartenstr. 57.
- Gau: Frankenstein i. Schl. Kass.: August Kühnel, Friedrich-Ebert-Str. 3.
- Gau: Neuhaus a. Inn. Borj.: Hans Untermayerhofer, Nr. 21; Kass.: Franz Rott, Nr. 76.
- Gau: Elgershausen. Borj.: Daniel Höhmann, Großenritterstraße 2; Kass.: Georg Schwarz, Korbacherstraße 74.
- Gau: Loitz. Kass.: Rudolf Droschiniski, Hauptmannstraße 2, Quergebäude.

**Briefkasten**

**Woll II.** Die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsrichter beträgt 1000 Mark. Die Wahlperiode der Schöffen und Geschworenen, die bisher ein Jahr betrug, ist durch die Verordnung vom 14. Juli 1932 ab 1. Januar 1933 auf zwei Jahre ausgedehnt worden.

**Letzte Rechnung.** Ein eigenhändiges Testament errichte man nach folgender Regel:  
Selbst geschrieben und unterschrieben,  
Auch Ort und Tag nicht schuldig geblieben,  
Das gibt bei Deinem selbigen Ende  
Ein gut' und gültig' Testament.

**Ed. Hannover.** Mitteilung kam zu spät. Sonnabends ist immer Blattschluss.

**Lucy.** Deine Anfrage ist nicht zu beantworten, weil wir nicht wissen können, wann dein Eintritt erfolgte. Die Anfrage richte an die dortige Geschäftsstelle der Volksfürsorge, die weiß das viel besser als wir.

**W. B. Beuth.** Der § 786 des BGB. lautet: „Der Anspruch des Anweisungsempfängers gegen den Angewiesenen aus der Annahme verjährt in drei Jahren.“ Damit sind deine evtl. Ansprüche aus der betreffenden Angelegenheit verfallen, und wenn die Schwester nicht freiwillig gibt, ist rechtlich nichts gegen sie zu unternehmen. Du hast dich übrigens recht spät deiner evtl. Ansprüche erinnert.

**W. Zeil.** Zweifellos kann in solchen Fällen gepöndelt werden, wird auch wohl immer rücksichtslos getan. Auf die erste Frage können wir keine Antwort geben, weil darüber Landesgesetzliche Bestimmungen maßgebend sind. Richtige Auskunft darüber bekommst du sicherlich auf dem dortigen Bürgermeisteramt.

**W. Fr. St.** Eine Adresse lautet: „Granit D'Alsace“ in Eichhofen (Bas Rhin) bei Colmar (Frankreich). Die Firma besteht seit 1902. Weitere Adressen hier unbekannt. Vorsicht geboten bei Vereinbarungen über Lohn usw.

**Neue Bücher und Zeitschriften**

Heinrich Schmidt: **Mensch und Affe.** Mit einem Nachwort von Julius Schözel. Urania-Freidender-Verlag, Jena. Reich illustriert. Kart. 1,30, in Ganzleinen 1,80, Vorzugsausgabe 2,40 Mark.

Stammt der Mensch wirklich vom Affen ab? Diese Frage, einstmals im Streit um Darwin und Haeckel heiß umritten, hat in der neuesten Zeit auch in der Öffentlichkeit wieder erhöhtes Interesse und vielfache Erörterung gefunden, denn der aufsehenerregenden neuen Frage stellt sich die alte Frage: „Woher kommt der Mensch?“ In der hier angezeigten wertvollen Schrift legt Professor Heinrich Schmidt vom Haeckel-Archiv in Jena das Tatsachenmaterial, das der Frage und ihrer Beantwortung zugrunde liegt, allen naturwissenschaftlich und weltanschaulich interessierten Kreisen in knapper und doch vollkommen ausreichender Weise vor. Nach einer interessanten Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Frage „Von Moses zu Darwin und Haeckel“ folgen die Kapitel: „Das Affengeschlecht, die Menschenaffen, die Affen der Tertiärzeit, der Mensch der Eiszeit, Embrionen und Junge, die Blutprobe, Schädel und Gehirn, die Affenseele.“ In einem kurzen Schlusswort wird das Fazit gezogen: „Der Mensch stammt tatsächlich vom Affen ab, seine Herkunft ist nicht mehr zweifelhaft.“ Das Nachwort von Professor Julius Schözel zieht die Linie weiter von der Naturgeschichte der Menschen zu ihrer Gesellschaftsgeschichte.

Ein lebendig und klar geschriebenes Büchlein, das allen Lesern Freude machen wird, nicht zuletzt durch das vorzügliche, in den Text eingefügte Bildmaterial. Da es unseres Wissens auch die erste vollständige zusammenfassende Behandlung des Mensch-Affe-Problems ist, sollte die Schrift in keiner Haus- und Gemeinschaftsbücherei fehlen.

**Gestorben**

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen werden infolge ihrer späteren Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Berlin. Am 6. Oktober der Steindreher Otto Altmann, 71 Jahre alt, Schlaganfall.
- Beucha. Am 7. Oktober der Pfastersteinmacher Michael Oschinsky, 56 Jahre alt, 2 Wochen krank, Gallensteinoperation.
- Augsburg. Am 8. Oktober der Steinseher Heinrich Göbeler, 68 Jahre alt, 6 Monate krank, Magenleiden.
- Hamburg. Am 8. Oktober der Steinbildhauer Anton Karrer, 47 Jahre alt, 6 Monate krank, Rheuma.
- Brandenburg. Am 9. Oktober der Steinsetzer Karl Kaiser, 47 Jahre alt, Autounfall.
- Pirna. Am 10. Oktober der Sandsteinmetz Richard Dosch, 46 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublunge.
- Danzig. Am 10. Oktober der Steinmetz August Schaffranski, 56 Jahre alt, 8 Tage krank, Lungentuberkulose.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.